

Dresdner Volkszeitung

Hauptschredaktion: Dresden
Robert & Comp., Nr. 1206

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsstelle: Geb. Hofst., Dresden
und Cöllnische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde von wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenspreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 90 mm breite Kleinzeile 1,50 M. für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietge-
suche 40 Proz. Rabatt. Für Belegübertragung 10 Pf.

Nr. 23

Dresden, Donnerstag den 28. Januar 1926

37. Jahrg.

Luthers Rettungsversuche

Positives Vertrauensvotum gefordert — Umschau nach einer Mehrheit. — Reichstagsauflösung?

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:
Als am Mittwoch zu Beginn der Reichstags-Sitzung der greise Fehrenbach mit der Verlesung einer Erklärung für die Regierungsparteien begann, war nicht ein einziger Minister am Regierungstisch zu sehen. Es wurde bald bekannt, daß das Kabinett noch in einer Sitzung sich befand, die es für notwendig gehalten hat, weil es am Dienstag bei der Festlegung der Tagesordnung in der Minderheit geblieben war. Der weitere Verlauf des Tages ließ dann keinen Zweifel darüber, daß der Reichskanzler eine Entscheidung über das Schicksal seines Kabinetts in offener Parlaments-Sitzung herbeiführen will.

Vorerst ging es recht langweilig zu. Die Erklärung, die Herr Fehrenbach mit monotoner Stimme vortrau, war nahezu inhaltslos. Hermann Müller, der nach ihm zu Worte kam, meinte, daß sie bestenfalls eine Umschreibung der Kanzlerrede, keineswegs aber eine nähere Erklärung gewesen sei. Unser Fraktionsführer ging dann recht temperamental gegen die Regendentbildung vor, die in der langen Dauer der Kabinettskrise und in dem Scheitern der Großen Koalition eine Schuldfrage für die Sozialdemokratie konstruieren will. Er forderte schließlich den Reichskanzler zur klaren Stellungnahme in den Fragen der Außenpolitik und in den wichtigsten Entscheidungen der Innenpolitik heraus. Unser Redner hatte während seines ganzen Vortrages die volle Aufmerksamkeit aller Fraktionen. Nach ihm sprach Graf K. v. Helldorf, der zwar der Regierung das Mißtrauen bekundete, jedoch keinen Zweifel darüber ließ, daß dieses Mißtrauen lediglich aus der Furcht geboren ist, diese Regierung werde in Abhängigkeit von der Sozialdemokratie.

Rum sprach überredend Reichskanzler Dr. Luther. Er war gegen seine Rede vom Dienstag wie verdoebelt. Man merkt man ihm die Überarbeitung an, aber die Spannung der Stunde gab ihm den Schwung zur freien Rede. Er wandte sich mit einer bisher an ihm nicht gewohnten Energie gegen die außenpolitische Sabotage der Deutschnationalen und lezte, gedrängt von der Sozialdemokratie, ein unumwundenes Bekenntnis zur möglichst schamigen Beteiligung am Völkerbund ab. Weniger klar war seine Stellungnahme zu den Fragen der Sozialpolitik. Er erkannte die Notwendigkeit harter Hilfsmaßnahmen angesichts des Kassenlebens an, schloß jedoch, daß spezifische Erklärungen zur Augenblick nicht abgegeben werden können. Das Sternbild seiner Rede war die Forderung, daß die Reichsregierung sich nicht mit einer Ablehnung der Mißtrauensvoten begnügen werde, sondern ein klares und bestimmtes Vertrauensvotum fordere. Dieser von den Regierungsparteien eingebrachte Vertrauensantrag wurde gleich nach Abschluß der Kanzlerrede verteidigt.

Infolge dieser Forderung an das Haus fanden die nachfolgenden Reden, unter denen die des Demokraten Dehn die größte Beachtung verdient hätte, kaum noch nennenswertes Interesse. Die Abgeordneten debattierten und kalkülirten die Aussichten des Kabinetts. Es steht fest, daß die Deutschnationalen der Regierung kein Vertrauen erteilen werden. Allgemein wurde infolge dessen die Frage erörtert: Wie stellt sich die Sozialdemokratie? Würde sie für das Vertrauensvotum stimmen, so wäre die Würde der Reichsregierung Luther gesichert. Für solche Zustimmung der Partei scheint bei der Form, in die die Vertrauensfindung gekleidet ist, keine Aussicht zu bestehen.

Wird sich die Sozialdemokratie enthalten? Auch darauf konnte es keine Antwort geben, da die Fraktion erst nach dem Plenum zu einer Sitzung zusammentrat, in der aber die Entscheidung nicht getroffen wird, weil ein großer Teil der Fraktionsmitglieder zu Kundgebungen gegen die Vertrauensfindung im Hause weilte und erst in der Nacht oder am Donnerstag vormittag in Berlin zurück sein kann. Selbst bei einer Enthaltung der Sozialdemokratie ist das Schicksal der Regierung nicht gesichert. Da die Wirtschaftspartei ebenfalls nicht, wenigstens kaum geschlossen für das Vertrauensvotum zu stimmen scheint, würde bei einer Enthaltung der Sozialdemokratie die Annahme oder Ablehnung des Vertrauensantrages an wenigen Stimmen hängen. In dieser Unsicherheit wurde im Reichstag auch schon ernstlich mit der Reichstagsauflösung gerechnet. Man kommt an, daß Luther die Order zur Auflösung von Sündenböcken erhalten wird, wenn er sich gegenüber dem widerwilligen Reichstag nicht durchsetzen kann.

Diese ungelösten Fragen, die in Ruhe durchdacht werden müssen, reifen am Donnerstag den entscheidenden Antwort entgegen.

Die Sozialdemokratie heischt Klarheit

119. Sitzung. Mittwoch den 27. Januar
Präsident Lohr eröffnet die Sitzung um 1,30 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung; verbunden damit wird der deutschnationalen Forderung über die Verhandlungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Mit zur Verhandlung stehen die drei Mißtrauensvoten der Deutschnationalen, der Völkischen und der Kommunisten. Gegen die Forderung der Völkischen, ihren Antrag auf Einstellung der Zahlungen aus dem Dawos-Plan zurückzuziehen, wird von der Linken Einspruch erhoben.

Herr Fehrenbach (Zentr.)
Die Namen der Regierungsparteien eine Erklärung ab, in

der es heißt: Die Absicht der Regierung, in Fortsetzung der in der Kanzlerrede enthaltenen Richtlinien die deutsche Außenpolitik auf der Grundlage des am 1. Dezember in London abgeschlossenen Vertrages im Geiste der Zusammenarbeit mit den andern Mächten und in ebenso bejournener wie entschiedener Geltendmachung deutscher Rechte fortzuführen, findet unsere Billigung. Für die Teilnahme Deutschlands am Völkerbund muß ausdrücklich sein der Gedanke, daß dadurch die Wirkungsmöglichkeiten der deutschen Außenpolitik eine bedeutende Erweiterung erfahren. In der Innenpolitik findet der Hinweis des Herrn Reichskanzlers auf die Erklärung vom 19. Januar 1926 über die grundsätzliche Einstellung der neuen Regierung zu den Fragen der Verfassung und zu den Beziehungen zwischen Reich und Ländern, unsere Billigung. Dasselbe sprechen wir aus für das wichtige unpolitische Gebiet der Schulpolitik. Auf wirtschaftspolitischen Gebieten stimmen die Regierungsparteien der Erklärung der Reichsregierung zu, daß die Selbstheilung der produktiven Kräfte des Landes mit allen Mitteln zu fördern ist. Die verbürgte Abklärung der Arbeitslosenversicherung durch eine reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung ist unabwendbar. An durch das Aufhandkommen erträglicher Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit im Gebiete der Arbeitsgemeinschaft haben Regierung, Parteien und Volk das gleiche Interesse. (Beifall in der Mitte.)

Abg. Müller (Franken, Soz.):

Von der Erklärung der Regierungsparteien erwartete ich eine Auffassung des getriggen Programms des Reichskanzlers. Aber diese Erklärung war nichts weiter als eine Umschreibung der Rede des Reichskanzlers. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wie soll diese Minderheitsregierung die Wünsche anderer Parteien erlangen, wenn das Programm so wenig präzise ist wie das des Reichskanzlers. (Beif.)
Erklärungen bezog, hat er uns gegenüber sein Programm nicht ist ja nicht ein unbeschriebenes Blatt; er war schon Kanzler der Reichsregierung, bis die Deutschnationalen Locarno wegen aus-
sere eine Minderregierung, so weiß ich nicht, inwiefern der Geist der Linken in die Kanzlerrede hineingebracht ist. Dafür wird man den Beweis schuldig bleiben.
Das deutsche Volk befindet sich innerpolitisch und außenpolitisch in einer Lage, die ein glattes Handeln verlangt. Der

Die gefährliche Broschüre

Die Enthüllungen des Genossen Dittmann über die "Marinements" von 1917 ist den Rechtsparteien so in die Glieder gefahren, daß sie am Mittwoch im Untersuchungsausschuss des Reichstages allen Ernstes den Versuch machten, die weitere Verbreitung der Dittmannschen Broschüre durch den Staatsanwalt zu verhindern. Aber dieses Bemühen war vergeblich. Einmütig angenommen wurde zunächst die Selbstverständliche Feststellung: Die Veröffentlichung der Rede des Abgeordneten Dittmann als Broschüre ist ohne Vorwissen des Ausschusses erfolgt. Mit 18 gegen 10 Stimmen fand außerdem ein Antrag Annahme, der die Erwartung ausdrückt, daß in Zukunft Sonderveröffentlichungen unterbleiben. Die Vertreter der Sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei erhoben dagegen sofort Einspruch und erklärten, daß sie sich trotz diesem Beschlusse alle Rechte, die ihnen nach dem Urheberrecht und der Verfassung zustehen, vorbehalten.

Ein Zusatzantrag, durch den dem Genossen Dittmann für die Veröffentlichung seiner Broschüre die Mißbilligung ausgesprochen werden sollte, wurde mit 16 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Der Volkspartei und frühere Konteradmiral Brüninghaus möchte dann den krassesten Versuch, den angenommenen Anträgen den Charakter einer Mißbilligung zu unterziehen, mußte sich aber von den Vertretern der Demokraten und des Zentrums eines andern belehren lassen.

Inzwischen ist, nicht zuletzt dank der lebhaften Propaganda der völkischen, deutschnationalen und volksparteilichen Mitglieder des Untersuchungsausschusses, die erste Auflage der Dittmannschen Broschüre vergriffen. Die zweite Auflage folgt jedoch umgehend.

Völkische Revolverhelden

Zusammenstoß in Charlottenburg
D. Berlin, 28. Januar. (Eig. Funkdruck.) Am Mittwoch abend veranstaltete das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Berlin "zu Ehren" von Kaisers Geburtstag sieben maßvolle Kundgebungen gegen die unerhörten Forderungen der Kisten. Die Versammlungen, in denen u. a. die Genossen Löbe, Schumann, Dr. Poles und Köhler sprachen, waren durchweg überfüllt. Besonders eindrucksvoll gestaltete sich eine Kundgebung im Berliner Westen, die auf dem Wittenerbergplatz unter freiem Himmel stattfand. Zu gleicher Zeit sprach in Wilmersdorf auf einem republikanischen Wöden Genosse Scheidemann zugunsten der Entlassung der Kisten.
Die Kommunisten Groß-Berlins hatten ihre Anhänger für 6 Uhr abends nach dem Lustgarten beordert, um gleichfalls gegen die Kistenforderungen und für erhöhte Erwerbslosenfürsorge zu demonstrieren. Als diese Veranstaltungen verliefen ohne Zwischenfälle, gingen am 11 Uhr abends am Wilhelmplatz in Charlottenburg zu einer folgenschweren Schießerei zwischen Nationalsozialisten, die von einer Kaisergeburtstagsfeier kamen, und einem Zuge Kommunisten, die vom Lustgarten zurückkehrten.

Abschluß der Krisenperiode ist erfreulich, denn auf alle Anforderungen wurde immer erklärt, es sei keine verantwortliche Regierung da. (Zwischenruf.) Es wird mir gegerufen, wie schon ich, daß die Krise sich solange hinzieht. Wir betreiben uns energisch dagegen. Die Regierung hätte schon im Dezember gebildet werden und ein solches Programm hätte schon damals gemacht werden können. Am 16. Dezember sagten wir den klaren Beschluß, daß wir die Regierung der Großen Koalition ablehnen.

Zwischen dem 16. und 20. Dezember wäre es möglich gewesen, ein so inhaltsreiches Programm aufzustellen, wie es gestern vorgetragen worden ist. Man verlangte nochmals unsere Beschlußfassung. Als wir am 12. Januar unsere Beschlußfassung nochmals faßten, hätte die Regierung in kurzer Zeit zustandekommen können. Es waren ja die gleichen vier Parteien, mit denen schon lange verhandelt worden war, das Programm war fertig und brauchte nur übernommen zu werden. Aber dann kam der Kampf um die Ministerien, und dieser Kampf hat uns gezeigt, wie verächtlich unser Mißtrauen war. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Daß das Wort "Republik" in dem Programm nicht vorkam und daß Herr Koch nicht Minister des Innern geworden ist, zeigt auch die Verächtlichkeit unseres Mißtrauens.

Der Reichskanzler sprach sich entschieden für die Fortsetzung der Politik von Locarno und London aus. Das ist ganz selbstverständlich. Der Reichskanzler, der Reichsaussenminister und der Reichspräsident können diese Politik überhaupt nicht aufgeben. Das entwarfene Deutschland kann sich nicht den Vortwurf der Zweideutigkeit seiner Politik ausziehen, den sich das Deutschland Wilhelm II. ausgezogen hat. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Zeiten, in denen Wilhelm II. und Herr v. Hoffen Politik getrieben haben, sind vorbei; wir brauchen die klare Linie einer christlichen Außenpolitik, ohne die ein deutscher wirtschaftlicher Wiederaufbau überhaupt nicht möglich ist, und darum kann es bezüglich Locarno und London für jeden vernünftigen Menschen kein Zurück von dieser Außenpolitik geben. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Die wichtigste Entscheidung unserer Außenpolitik wird den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betreffen. Aber wann soll die Entscheidung darüber getroffen werden?

Es kommt darauf an, daß sie alsbald getroffen wird; die Ermächtigung dazu ist bereits gegeben. Hier ist besonders eine klare Politik notwendig, und der Reichskanzler muß den Mut haben, auszusprechen, daß diese Entscheidung keinen Aufschub duldet. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ich belene das ausdrücklich so klar, weil in Deutschland Kräfte am Werke sind, die hier eine Politik der Sabotage bestreuen. Der bayerische Ministerpräsident hat sich im Ausschuss der bayerischen Kammer deutlich in einer Weise geäußert, die zeigt, daß er die Absicht hätte, die Reichsregierung von dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund fernzuhalten. Wir haben gestern dafür gestimmt, daß der deutschnationalen Antrag mit zur Debatte gestellt wird, weil nach unserer Meinung Klarheit über die Regierungsabsichten bezüglich des Völkerbundes

Bei dem Zusammenreffen entspann sich rasch eine Schlägerei, wobei die Nationalsozialisten sofort von der Schusswaffe Gebrauch machten. Zwei Mitglieder des roten Frontkämpferbundes wurden sehr schwer verletzt, der eine durch Bauchschuß, der andere durch einen schweren Oberschenkel. Drei andere Kommunisten sollen ebenfalls Schußverletzungen davongetragen haben. Die Schüsse sind, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, von einem Völkischen abgegeben worden, der auf einen Straßenbahnwagen gezwungen war und von dort aus seinen Revolver vier- bis sechsmal abfeuerte. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor und war noch lange nach Mitternacht damit beschäftigt, die Straßen zu säubern. Der Abtransport der Schwerverwundenen durch das Rettungswesen gestaltete sich schwierig, da der völkische Janhagel eine wühl-drohende Haltung gegen Sanitätsmannschaften und Polizei einnahm.

Verhandlungen in Paris

Zur Frage der Entwaffnungsburchführung

P. Paris, 27. Januar. (Eig. Draht.) Die Völkischer-Konferenz hat sich am Mittwoch mit dem Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission über den Stand der deutschen Entwaffnung beschäftigt. Im Tempus wird dabei erklärt, daß zwar Deutschland die im November auf dem Gebiete der Abrüstung übernommenen Verpflichtungen zu einem Teile noch nicht erfüllt habe. Zugleich wird aber darauf gewarnt, die Feststellungen der Militärkommission als zu tragisch zu nehmen. Die von der deutschen Regierung inzwischen veröffentlichten Nichtigkeitsklärung erkläre, daß es sich bei den von der Interalliierten Militärkommission gemachten Beanstandungen um unwesentliche Detailsfragen handle. Wenn das wirklich so ist, dann ist es um so unverständlicher, warum die deutsche Regierung nicht längst Sorge getragen hat, durch Erfüllung dieser letzten Formalitäten nicht nur das Ende der Tätigkeit der Interalliierten Kontrollkommission zu beschleunigen, sondern vor allem auch den Gegnern Deutschlands im Ausland ein gefährliches Argument aus der Hand zu nehmen. Es heißt, die deutsche Regierung habe die Genehmigung zur Verklärung der Polizei um 5000 Mann sowie um die Erlaubnis zur Verklärung der Polizei im Prudenkopf von Köln nachgesucht.

Orland und Chamberlain entscheiden

P. Paris, 27. Januar. (Eig. Draht.) Der englische Außenminister, Chamberlain, ist am Mittwoch in Paris eingetroffen und von Orland am Bahnhof empfangen worden. Die erste Aussprache ist für Donnerstag, vormittags 10 Uhr, verabredet worden. Diese wird unter anderem dem Bericht der Interalliierten Kontrollkommission über den Stand der deutschen Abrüstung, dem deutschen Wunsch nach Reduzierung der Besatzungstruppen im Rheinland, dem herdrückenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und der Aufforderung der vorbereiteten Abrüstungskonferenz gelten.

P. Genf, 27. Januar. (Eig. Draht.) Der Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, hat sich am Mittwoch nach Paris begeben, um den Unterhandlungen am Donnerstag zwischen Chamberlain und Orland beizuwohnen. Es ist sicher, daß die Entwaffnungsfrage besprochen wird. Außerdem soll über den Zeitpunkt der vorbereitenden Abrüstungskonferenz eine Einigung aufhabe gebracht werden.

Selbst 18
he
50
100
750
270
50
68
handlung
Straße
ohlen
Telefon
15987
er
re Kisten.